

Russische Parteiprogramme

Ein Vergleich

Die europäisch-russischen Wirtschaftskontakte gelten als vielversprechend mit Potentialen für weiteres Wachstum. Die EU ist der größte Handelspartner der Russischen Föderation. Der WTO-Beitritt Russlands 2012 wird als ein weiterer Schritt der Annäherung verstanden. Auch die allgemeine Wahrnehmung der EU durch die russische Bevölkerung ist Umfragen zufolge überwiegend positiv. Diesem positiven Bild stehen aber eher kritische bis hin zu offen ablehnend formulierte Positionen in der russischen Parteienpolitik im Hinblick auf die Beziehungen zur EU gegenüber. So geht aus Parteiprogrammen hervor, dass sich Russland als Großmacht in einer multipolaren Weltordnung wahrnimmt und der außenpolitische Fokus tendenziell stärker auf eine engere Zusammenarbeit mit den Ländern im postsowjetischen Raum abzielt. Eine Untersuchung der Beziehungen zwischen der EU und der Russischen Föderation anhand von Parteiprogrammen ist ungewöhnlich, was nicht zuletzt an der geringen Wahrnehmung selbiger liegt. Jedoch erlaubt eine Auseinandersetzung mit den Programmen einen exemplarischen Einblick in politische Eliten bezüglich ihrer Wahrnehmung der Europäischen Union und die Vermittlung dieser Positionen an ihre Anhänger. Die in den Parteiprogrammen enthaltenen Zielformulierungen hinsichtlich der russischen Außen- und Europapolitik sind vage, weshalb diese Analyse lediglich als Orientierung verstanden werden kann. Andererseits sind die Parteiprogramme gerade aus diesem Grund dazu geeignet, grundlegende Werte und Ziele der russischen Europa- und Außenpolitik zu identifizieren.

Besonderheiten des russischen Parteiensystems und der Parteiprogramme

Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (SU) könnte man ein nach traditionell westlichem Muster funktionierendes Parteiensystem erwarten; auf den ersten Blick scheint diese Erwartungshaltung durchaus berechtigt. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt allerdings, dass die russische Parteienlandschaft nach wie vor stark von der Zeit der Sowjetunion geprägt ist. Nach jahrzehntelanger Alleinherrschaft durch die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) und der gesellschaftlichen Erosion im Lauf der wirtschaftlichen Transformationskrisen in den 1990er Jahren ist die russische Parteienlandschaft noch weit davon entfernt, eine Vielfalt gesellschaftspolitischen Engagements nach westlichem Muster zu repräsentieren. Trotz institutioneller Gewaltenteilung unterliegen Parteien der Kontrolle durch die Verwaltung, die über ihre Zulassung oder Auflösung entscheidet. Das Fehlen einer tatsächlichen Gewaltenteilung und vollwertiger parlamentarischer Institutionen führt dazu, dass die Parteien als Repräsentativorgane nur beschränkt auf den politischen Entscheidungsprozess einwirken können.

Die Umsetzung der Parteiprogramme hängt vom Wohlwollen der Regierung ab. Dadurch wird der Sinn von Parteiprogrammen quasi ad absurdum geführt. Die Parteiprogramme existieren auf dem Papier, tragen aber kaum zur Identitätsstiftung der Parteien bei. Dennoch gibt es ideologische Schwerpunktsetzungen innerhalb der russischen Parteien, welche in unterschiedlichem Ausmaß von den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EU-RUSSLAND-DIALOG

CHRISTINE THIEL

März 2013

www.eu-russland-dialog.eu

Mitgliedern mitgetragen werden. Die Kluft zwischen realen Interessenlagen und den proklamierten programmatischen Positionen ist teils gravierend. Besonders in den letzten Jahren lässt sich außerdem eine zunehmende regionale Fragmentierung innerparteilicher Ideologien und Zielsetzungen beobachten. Der Parteienwettbewerb basiert vorrangig nicht auf Parteiprogrammen, sondern vielmehr auf dem Ringen um Mitglieder und Mandate und verstärkt somit die ideologische Fragmentierung der Parteien. Trotzdem kann man Parteien in Russland als gesellschaftliche Netzwerke betrachten, die über eine offizielle ideologische Ausrichtung und eine Kernwählerschaft unterschiedlicher Stabilität, Geschlossenheit und Zahlenstärke verfügen.

Parteien im Porträt

Zu den Parlamentswahlen 2011 wurden sieben Parteien von der Regierung zugelassen und im Justizministerium registriert. Davon gelang wie erwartet lediglich vier Parteien (Einiges Russland, Kommunistische Partei der Russischen Föderation, Liberal-Demokratische Partei Russlands und Gerechtes Russland) der Einzug in die Staatsduma. Die Parteien Yabloko, Patrioten Russlands und Rechte Sache scheiterten an der 7-Prozent-Hürde. Die folgende Analyse befasst sich lediglich mit den Parteiprogrammen der vier in der Duma vertretenen Parteien. Zu Vergleichszwecken wird zudem die oppositionelle Partei Yabloko herangezogen.

Einiges Russland

Die Partei wurde 2001 durch den Zusammenschluss der ursprünglich konkurrierenden Fraktionen Einheit, Vaterland und Ganz Russland gegründet, um deren Position gegenüber der Kommunistischen Partei zu stärken. Daraus resultierte die stärkste Fraktion mit der geringsten ideologischen Prägung im russischen Parlament. Im Laufe der Zeit wurde die Partei zu einem Sammelbecken einflussreicher Personen und Gruppen mit unterschiedlichen ideologischen Ansichten. Einiges Russland ist eine Regierungs- bzw.

Präsidentenpartei, die mit ihrer Mehrheit im Parlament die politische Richtung des Präsidenten unterstützt. Bei den Wahlen 2011 erhielt sie 49,3 Prozent der Stimmen und stellt mit 238 Sitzen erneut die stärkste Fraktion in der Duma. Im Mai 2012 löste Dimitij Medvedev Vladimir Putin als Parteivorsitzenden ab.

Die Partei bezeichnet sich selbst als zentristisch und sozial-konservativ, wobei ihr oft vorgeworfen wird, kein originäres politisches Programm zu haben, sondern primär populistische Forderungen zu stellen. Beispielsweise definiert sie in ihrem im September 2011 erschienenen Parteiprogramm als gemeinsamen Nenner aller Mitglieder und wichtigstes Ziel der Partei „Glück für das Land, das wir lieben“. Erreicht werden soll dies durch eine Verbesserung der Lebensbedingungen, der sozialen Sicherung, des Bildungssystems sowie durch Modernisierung der Wirtschaft. Die allgemein gehaltenen Aussagen rechtfertigt die Partei damit, dass es ihr um den einfachen Menschen und seine Probleme gehe und man eine Lösung für diese nur durch eine zentrale Position erreichen könne. Bezeichnend ist, dass im Parteiprogramm kein Wort zur russischen Außenpolitik zu finden ist; Außenpolitik ist in der russischen Parteienlandschaft unwichtig und wenig massenwirksam.

Kommunistische Partei der Russischen Föderation

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) wurde 1993 als Nachfolgeorganisation der KPdSU gegründet. Entsprechend sind Abgeordnete, Mitglieder und Wählerschaft im fortgeschrittenen Alter. Bei den Parlamentswahlen 2011 erhielt die KPRF 19,2 Prozent der Wählerstimmen, was 92 Sitzen im Parlament entspricht. Parteivorsitzender ist Gennadi Sjuganow.

Die politische Ausrichtung der KPRF ist linksorientiert und enthält eine Reihe patriotischer und nationalistischer Elemente. In ihrem zeitlosen Parteiprogramm fordert die Partei die Wiederherstellung einer dem Zeitgeist entsprechenden sozialistischen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EU-RUSSLAND-DIALOG

CHRISTINE THIEL

März 2013

www.eu-russland-dialog.eu

Ordnung. Die genaue Umsetzung dieser Forderung bleibt unklar. Deutlich hingegen werden die sozialistischen Ziele formuliert: Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Widerstand gegen die Privatisierung von Grund und Boden, aber auch kostenlose medizinische Versorgung, Erholung und Ausbildung sind zentrale Forderungen der KPRF. Außenpolitisch vertritt die Partei tendenziell protektionistisch-isolationistische Positionen, insgesamt müsse sich Russland stärker vom Westen abgrenzen und seine territorialen Grenzen und Ressourcen verteidigen. Der Begriff Westen wird dabei als Synonym für den Begriff des Kapitalismus verwendet und bezeichnet je nach Bedarf gleichermaßen die USA, die NATO oder die EU. Zudem fordert die KPRF die Wiederherstellung der Russisch-Weißrussischen Union, um international an Gewicht zu gewinnen.

Gerechtes Russland

Die Partei Gerechtes Russland wurde 2006 als Zusammenschluss der drei Parteien Rodina, Russische Rentnerpartei und Russische Partei des Lebens gegründet. Bei den Parlamentswahlen 2011 erhielt die Partei 13,2 Prozent der Wählerstimmen und 64 Parlamentsmandate. Der derzeitige Vorsitzende ist Vladimir Žirinovskij.

In dem im November 2010 veröffentlichten Parteiprogramm tritt die Partei für ein sozialistisches Russland ein. Die Schwerpunkte des Programms bilden die Forderungen nach Armuts- und Korruptionsbekämpfung sowie der Kampf gegen das politische Monopol der Partei Einiges Russland. Außenpolitisch vertritt die Partei die Ziele der Sozialistischen Internationalen, welche für die Verständigung der Völkergemeinschaft, den Umweltschutz und gemeinsame Finanzziele auf der Basis sozialistischer Ansichten eintritt. Auch einer Kooperation mit den europäischen Sozialisten auf EU-Ebene stehen sie offen gegenüber.

Liberal-Demokratische Partei Russlands

Die Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR) ging 1992 aus der Liberal-

Demokratischen Partei der Sowjetunion hervor. Bei den Parlamentswahlen 2011 erreichte die Partei 11,7 Prozent der Wählerstimmen und somit 56 Parlamentsmandate. Derzeitiger Parteivorsitzender ist Nikolaj Levičev.

Das im Februar 2013 veröffentlichte Parteiprogramm stellt die Partei als demokratische Partei der Mitte dar. Neben Liberalismus und der Einrichtung eines demokratischen Systems propagiert sie auch Patriotismus. Dies führt zu einer relativ nationalistischen Ausrichtung ihrer politischen Forderungen. So tritt sie beispielsweise für den Schutz der Rechte der russischen Nation vor Migranten oder für die Erweiterung des Lehrangebots der Russischen Sprache in Schulen ein. Außenpolitisch präsentiert sich die LDPR stark antiamerikanistisch. Wirtschaftliche Kooperationen mit der EU schließt die Partei unter bestimmten Voraussetzungen nicht aus, allerdings stehen im Zentrum der außenpolitischen Bestrebungen die Integration des postsowjetischen Raums sowie Bündnisse zwischen Russland und der slawischen Welt, der ehemaligen UdSSR und mit ressourcenreichen Ländern.

Yabloko

Die russische vereinigte demokratische Partei Yabloko ist eine liberale Partei, die 1993 als Wählervereinigung gegründet wurde und sich 1995 durch den Zusammenschluss mehrerer demokratischer Parteien als Oppositionspartei konstituierte. Bei den Parlamentswahlen 2011 konnte die Partei mit 3,4 Prozent der Wählerstimmen wie bereits bei den Parlamentswahlen 2007 aufgrund der 7-Prozent-Hürde nicht ins Parlament einziehen. Insgesamt geht der Zuspruch in der russischen Bevölkerung kontinuierlich zurück. Parteivorsitzender ist Sergei Mitrochin.

In ihrem 2012 herausgegebenen Parteiprogramm sprechen sie sich für die Etablierung traditionell westlicher Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Rechte und Freiheiten der Bürger vor staatlicher Willkür aus. Dementsprechend plädiert die Partei für

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EU-RUSSLAND-DIALOG

CHRISTINE THIEL

März 2013

www.eu-russland-dialog.eu

eine verstärkte Zusammenarbeit mit der EU und internationalen Organisationen (IOs). Langfristig soll Russland vollberechtigtes Mitglied in den internationalen politischen und wirtschaftlichen Organisationen sowie diversen Verteidigungsbündnissen werden.

Themenbezogener Parteienvergleich

Eine Analyse programmatischer Parteiaussagen zu den EU-Russland-Beziehungen ist ohne Berücksichtigung der internationalen Rolle der USA nur schwer möglich, wie vor allem Ausführungen der LDPR und der KPRF deutlich machen. Aus deren Parteiprogrammen geht regelmäßig nicht klar hervor, von welchen Staaten tatsächlich die Rede ist. Die Parteien scheinen insbesondere die Begrifflichkeiten „Westen“, „Kapitalisten“, „die USA und ihre Verbündeten“ und „NATO“ synonym zu verwenden. Auch eine genaue Unterscheidung zwischen den Begriffen „Europa“ und „Europäische Union“ wird nicht vorgenommen.

Beziehungen zwischen den USA und der EU

Die KPRF sieht die USA und „ihre Verbündeten“ im Kapitalismus vereint, was eine Kooperation Russlands mit diesen Mächten unmöglich macht. Deutlich wird diese Haltung im einleitenden Satz des Parteiprogramms zur Außenpolitik: *„Die Kommunistische Partei lehnt einen prinzipiellen Streit zwischen den Kapitalisten und den Sozialisten im Hinblick darauf, was in den letzten 20 Jahren passiert ist, nicht ab.“* Russland sieht sich nach Ende des Kalten Krieges mit einer Restauration des Kapitalismus im postsowjetischen Raum konfrontiert. Mithin spricht die Partei von einer Politik der imperialistischen Globalisierung. Der internationale Gegensatz von Arbeit und Kapital führe zu einem *„Kampf der Kulturen“* und entscheide über die (geo-)politische, militärische und wirtschaftliche Neuordnung der Welt. Die KPRF sieht Russland durch imperialistische Militär-Bündnisse bedroht, insbesondere die NATO bewege sich unaufhaltsam auf die russischen Außengrenzen zu. Gleichzeitig habe Russland international an Gewicht

verloren und die Kampffähigkeit der russischen Streitkräfte sei nicht mehr gewährleistet. Dadurch drohe die Russische Föderation selbst als *„Rohstoffanhängsel“* der Imperialisten zu einem Objekt der Neuordnung der Welt zu werden. Deshalb seien die russischen Außengrenzen und die souveräne Integrität zu verteidigen und zu gewährleisten.

Ein weitaus differenzierteres Bild der aktuellen internationalen politischen Lage im Spannungsfeld Russland – USA – EU zeichnet hingegen die LDPR. Die enge Kooperation und Verflechtung der USA mit den europäischen Staaten sei historisch bedingt. Vor allem die Zeit des Kalten Krieges und die militärische Blockade haben ein enges Band geknüpft. Obgleich der Kalte Krieg der Vergangenheit angehört, würden sich vor allem die USA um eine Aufrechterhaltung und Fortsetzung der gemeinsamen Politik bemühen. Das bringt Russland in eine missliche Lage, wäre doch eine engere Kooperation mit der EU äußerst wünschenswert.

Die Beziehungen der EU zu den USA beeinflussen die Beziehungen Russlands zur EU enorm. Die EU stellt als NATO-Mitglied eine Art *„gekauft“* Bindeglied zwischen Russland und den USA dar. Eine grundsätzliche Annahme ist zwar, dass die NATO ihre militärische Bedeutung für nahezu alle Mitglieder außer für die USA verloren hat und sich das Bündnis zu einer politischen Organisation weiterentwickelt hat. Dennoch werde die Loyalität der EU von den USA erkaufte und es gebe nach wie vor eine hohe Bereitschaft zu militärischen Kooperationen der europäischen Länder mit den USA. Obgleich Russland der natürlichere geopolitische und militärische Partner Europas sei, erschwere die enge Verflechtung mit den USA eine engere Kooperation. Für Russland gibt es zwei Verfahrensmöglichkeiten: Entweder es stelle den europäischen NATO-Mitgliedern ein Ultimatum für eine friedliche Politik und bricht die Beziehungen zu den europäischen Staaten notfalls ab, oder aber Russland gründe *„im Falle weiteren unangemessenen Verhaltens der NATO“* eine Kooperation zwischen Russland und Europa unter

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EU-RUSSLAND-DIALOG

CHRISTINE THIEL

März 2013

www.eu-russland-dialog.eu

Ausschluss der USA. Basis einer solchen Kooperation könnte eine gemeinsame Industrie- und Ressourcenpolitik sein.

Wirtschaftsbeziehungen zur Europäischen Union

Die LDPR spricht in ihrem Programm von Kooperationsmöglichkeiten im industriellen Sektor. Allerdings darf eine Annäherung an Europa keinesfalls einseitige wirtschaftliche Zugeständnisse Russlands zur Folge haben. Vielmehr muss ein klarer und rationaler Kurs verfolgt werden, insbesondere müssen jegliche Präferenzen europäischer Waren und europäischen Kapitals auf dem russischen Binnenmarkt in gleichem Maße von europäischer Seite ausgeglichen werden. Deutlich protektionistischer formuliert die KPRF ihre Ziele im Hinblick auf mögliche Industriekooperationen.

Generell müssen strategisch wichtige Schlüsselindustrien verstaatlicht werden und die Einnahmen auf dem Binnenmarkt dem Wohl der Bürger dienen. Ferner plädiert die KPRF dafür, staatliche Finanzreserven von ausländischen Banken abzuziehen und für wirtschaftliches und soziales Wachstum zu verwenden. Entsprechend ihrer protektionistischen Haltung spricht sich die KPRF für eine Verteidigung nationaler Ressourcen aus; der natürliche Reichtum des Landes müsse nationalisiert werden und den Bürgern zugute kommen.

Demgegenüber sieht Gerechtes Russland in einer verstärkten Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteien im Europäischen Parlament (EP) insbesondere im Finanzsektor die Möglichkeit, die Folgen der globalen Finanzkrise zu bewältigen. Eine vertiefte Kooperation im Energiesektor erscheint sowohl der Partei Gerechtes Russland als auch der LDPR erstrebenswert und zweckdienlich. Gerechtes Russland äußert sich in ihrem Parteiprogramm relativ vage, wohingegen die LDPR in ihrem Programm die Prämissen für eine Zusammenarbeit im Energiesektor definiert: Baugenehmigungen für neue europäische Werke in Russland dürfen erst dann erteilt werden, wenn der europäische Markt sich

für Russland geöffnet ist. Dies schließe vor allem mit ein, dass russische Erdölraffinerien in denjenigen Ländern der EU gebaut werden können, die ihrerseits bereits Werke auf russischem Territorium betreiben.

Bündnisfragen

Die Partei Yabloko spricht sich für eine vollumfängliche Integration Russlands in die Europäische Union aus und sieht Russland aufgrund seiner historischen Entwicklung, der kulturellen Tradition sowie der geographischen Lage als europäisches Land; die Zukunft Russlands sei untrennbar mit Europa verbunden. Das Potential des russischen Volkes könne sich nur dann voll entfalten, wenn man sich die Werte der europäischen Zivilisation aneigne. Eine Hinwendung zu Europa und dessen politischen, ökologischen und sozio-ökonomischen Modells ermögliche einen Anstieg des allgemeinen Wohlstands; die Prinzipien des Europarates sollen pan-europäische Grundlage werden; gerade auch im Hinblick auf sicherheitspolitische Herausforderungen sei eine Integration notwendig.

Interesse an einer internationalen Zusammenarbeit mit den Parteien der europäischen Sozialisten und ihrer Fraktion im europäischen Parlament zeigt auch die Partei Gerechtes Russland. Einer derart gestalteten Kooperation räumt sie einen „zentralen Stellenwert“ ein. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Festigung parlamentarischer Zusammenarbeit sei die Unterzeichnung des Memorandums zum gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Fraktionen der in der Duma vertretenen Parteien und der Gruppe der Sozialisten im Europaparlament. Inhaltlich solle die Kooperation vor allem in den Bereichen der globalen Finanzpolitik, einer europäischen Sicherheitsarchitektur, Energie und hinsichtlich des Menschenrechtsschutzes stattfinden.

Im Rahmen ihrer antiamerikanischen Ideologie lehnt die KPRF eine Kooperation mit der EU weitestgehend ab. Insbesondere setzt sich die Partei für Restauration der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EU-RUSSLAND-DIALOG

CHRISTINE THIEL

März 2013

www.eu-russland-dialog.eu

Russisch-Weißrussischen Union ein. Demgegenüber ist die LDPR grundsätzlich offen für eine Zusammenarbeit mit der EU, wenn auch nach wie vor mit einer skeptischen Wahrnehmung der Nähe Europas zu den USA. Dennoch liegt der Fokus auf drei Bereichen: Eine zunehmende politische und ökonomische Integration der „Slawischen Welt“, eine Integration des postsowjetischen Raums sowie die Integration ressourcenreicher Länder am Beispiel der BRIC-Staaten.

Schlussbemerkungen

Abschließend kann man festhalten, dass sich aus den untersuchten Parteiprogrammen eine untergeordnete politische und wirtschaftliche Bedeutung der Europäischen Union herauslesen lässt, der EU aber in der russischen Tagespolitik eine wesentliche Rolle zukommt. Besonders bemerkenswert ist, dass die EU im Parteiprogramm von Russlands stärkster Partei „Einiges Russland“ mit keinem Wort erwähnt wird. In den übrigen Parteiprogrammen - mit Ausnahme der pro-europäischen Yabloko-Partei - findet sich eine tendenziell ablehnende bis protektionistische Haltung gegenüber der EU. Hauptursache dafür sind die engen Beziehungen der EU zu den USA. Allgemein sind Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen von „geostrategischen und geoökonomischen Partnerschaften“ mit der Europäischen Union unter Ausschluss der USA zumindest vorstellbar. Trotzdem liegt der Fokus der russischen Außenpolitik den Parteiprogrammen nach zu urteilen klar auf der Integration des postsowjetischen Raums mit Russland als regionalem Hegemon, um einen Gegenpol in einer multipolaren Weltordnung zu schaffen und eine drohende Marginalisierung zu vermeiden.

Interessant ist, dass das in den Parteiprogrammen undifferenzierte und kaum definierte Begriffskonstrukt „Westen“ nicht pauschal in dieser Art und Weise von der öffentlichen Meinung geteilt wird. Neuere Umfragen zeigen deutlich, dass sich in der russischen Gesellschaft ein deutlich differenzierteres Bild der Europäischen Union herausgebildet hat; ebenso werden

die EU und die USA mehrheitlich wesentlich positiver wahrgenommen, als dies in den untersuchten Parteiprogrammen seinen Niederschlag findet.

Als Fazit kann man festhalten, dass die europäisch-russischen Beziehungen von einer besonderen Qualität geprägt und insgesamt besser als je zuvor zu beurteilen sind. Trotz zahlreicher Meinungsverschiedenheiten findet ein offener und partnerschaftlicher Dialog sowie eine substantielle Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen statt. Dies gilt für zwischenstaatliche und regionale Kooperationsmodelle, zunehmend aber auch für die parlamentarische Zusammenarbeit abseits der Programmprogrammatik. Außerdem findet zwischen den Russischer Föderation und Europäischen Union ein zunehmend reger zivilgesellschaftlicher Austausch statt - mit Wachstumspotential.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung
e.V.

EU-Russland-Dialog
Roteranni 8
EST 10111 Tallinn
Telefon +372 6 276700
Telefax +372 6 276703
EU-Russland-Dialog@kas.de